

16.09.2020 | Hintergrund

Wie finanzielle Förderung zur nachhaltigen Entwicklung beitragen kann

Foto: TheDigitalWay /
pixabay.com / Pixabay Lizenz

Grundschule, Sekundarstufe

Die Corona-Krise steht in der Politik und in den Medien zurzeit im Vordergrund.

Dennoch sind Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz weiterhin von so großer Bedeutung wie vor der Pandemie. Hilfsprogramme zur Bewältigung der Folgen der Krise können genutzt werden, um den Klimaschutz und den Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu fördern.

Gehört zu:

Thema der Woche: "Corona-Hilfen": Investieren in die Zukunft?

Unterrichtsvorschlag: Klimawandel, Investitionen, Zukunft – Ein Rollenspiel (SEK)

Unterrichtsvorschlag: Was darf die Zukunft kosten? (GS)

Die Welt, wie wir sie noch vor wenigen Monaten kannten, ist aus dem Takt gekommen. Gesellschaft und Wirtschaft werden durch die Corona-Pandemie hart geprüft. Dennoch bleiben Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz ganz oben auf der Tagesordnung. Die Krise hat die Frage aufgeworfen, wie zukunftsfähig und widerstandsfähig unsere Gesellschaft ist.

Bereits seit vielen Jahren ist der Klimaschutz eines der herausragenden Themen in Politik und Gesellschaft. In den öffentlichen Debatten darüber geht es immer wieder auch um die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen. Zum Beispiel für die Sanierung von Gebäuden oder die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene oder den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Während der Corona-Pandemie hat sich die Diskussion verstärkt. Nun steht auch im Mittelpunkt – neben der Eindämmung der Pandemie und den Gesundheitsfragen – , wie die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise bewältigt werden können. Denn sie hat dazu geführt, dass die Wirtschaftsleistung weltweit stark zurückgegangen ist. Auch Deutschland ist erheblich betroffen.

In diesem Kontext wächst in Politik, bei Unternehmen und auch im Finanzmarkt das Bewusstsein für eine nachhaltige Finanzpolitik und zukunftsgerichtete Finanzierungsprogramme.

Viele Stimmen – auch aus der Politik, Wissenschaft und Umweltverbänden – fordern, dass die Krise als Anlass genommen werden sollte, um den Klimaschutz und den Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu fördern. Als "grüner Neustart" wird das von manchen bezeichnet, zum Beispiel von der Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Kemfert [<https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Klimaforscherin-Claudia-Kemfert-Die-Klimakrise-laesst-sich-abwenden-id57440561.html>].

Ein zentrales Argument ist, dass zum einen Hilfsprogramme zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie nötig sind, zum anderen aber auch der Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise weiterhin vorangetrieben werden muss.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung im Juni 2020 ein Konjunkturprogramm

[<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/Konjunkturprogramm-fuer-alle/zusammen-durch-starten.html>] auf den Weg gebracht. Ziel ist, die Erholung der Wirtschaft zu fördern. Das kostet viel Geld: Der Gesamtumfang der Maßnahmen beträgt 130 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung selbst spricht von einem "Zukunftspaket". Deutschland soll demnach langfristig gestärkt aus der Krise hervorgehen, wirtschaftlich und auch sozial. Unter anderem werden Investitionen in Klimatechnologien gefördert. Für den Kauf von Elektroautos gibt es staatliche Zuschüsse, und die Deutsche Bahn erhält mehr Geld für die Modernisierung und den Ausbau des Schienennetzes.

Es werden auch Maßnahmen geplant, die Vorteile in mehreren Bereichen verbinden. Unter anderem

unterstützt das Bundesumweltministerium in den kommenden Jahren soziale Dienste mit zwei neuen Förderprogrammen. Im Programm "Sozial & Mobil" können Einrichtungen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen wie beispielsweise Seniorenheime, mobile Pflegedienste oder Kindertagesstätten Fördergelder zur Umstellung ihrer Fahrzeugflotten auf Elektrofahrzeuge beantragen. Mit dem Förderprogramm "Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen" werden soziale Dienste dabei unterstützt, sich gegen die bereits spürbaren Folgen des Klimawandels wie Hitze zu wappnen. Wie wichtig diese Dienste sind, hat die Corona-Krise deutlich gemacht. Mit den Förderprogrammen werden sie gestärkt. Gleichzeitig wird der Klimaschutz in diesem Sektor vorangetrieben.

Warum ist der Klimaschutz so wichtig?

Auch wenn die Bewältigung der Corona-Krise in der Politik und in den Medien zurzeit im Vordergrund steht, ist die Bedrohung durch den Klimawandel dadurch nicht geringer geworden.

Zwar hat sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2015 mit dem Abkommen von Paris dazu verpflichtet, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Doch die bisherigen Bemühungen der Staaten reichen noch nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Das besagt die Bestandsaufnahme der Vereinten Nationen in ihrem jährlichen Report über die Entwicklung der Treibhausgasemissionen [<https://www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-2019>]. Demnach sind die weltweiten Treibhausgasemissionen bisher nicht gesunken. Das bedeutet, dass die Emissionen nun noch schneller und stärker reduziert werden müssen. Ohne verstärkte Anstrengungen steuert die Erde auf eine Erwärmung von über 3 Grad Celsius zu. Folgen des Klimawandels wie die Zunahme von Extremwetterereignissen oder der Anstieg des Meeresspiegels würden sich dadurch noch beträchtlich verstärken.

Die einzelnen Staaten können selbst bestimmen, wie sie die im Pariser Abkommen festgelegten Ziele erreichen wollen. Wie Deutschland treibhausgasneutral werden kann, hat die Bundesregierung im Klimaschutzprogramm 2030 und im Klimaschutzplan 2050 festgehalten. Mittelfristig – bis 2030 – sollen die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent reduziert werden. (siehe auch Thema der Woche Wie wird Klimaschutz geplant? [<http://www.umwelt-im-unterricht.de/wochenthemen/umweltpolitik-wie-wird-klimaschutz-geplant/>])

Das erfordert eine große klima- und umweltfreundliche Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Alle Sektoren müssen einbezogen werden, von Energiewirtschaft, Gebäudewirtschaft, Verkehr und Industrie bis hin zur Landwirtschaft. Dies muss auch von der Finanzwirtschaft unterstützt werden.

Zu den konkreten Maßnahmen gehört zum Beispiel, den Verkehr von fossilen Kraftstoffen wie Benzin und Diesel unabhängig zu machen, die Ökobilanz von Gebäuden zu verbessern, mehr öffentliche Investitionen und private Gelder in klimafreundliche Produkte, Verfahrensweisen und Techniken zu lenken und eine Wende in der Landwirtschaft herbeizuführen. Darüber hinaus wird es ebenso wichtig sein, die Energieeffizienz zu stärken und die erneuerbaren Energien weiter zu fördern und auszubauen.

Wie wird der Klimaschutz gefördert?

Die Politik hat grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten, mehr Klimaschutz zu erreichen. Sie kann einerseits Treibhausgasemissionen "bestrafen" beziehungsweise verteuern. Verursacher von Emissionen müssen dann höhere Steuern oder Bußgelder zahlen.

Andererseits kann die Politik Anreize für den Klimaschutz schaffen. Das heißt, die Reduzierung von Emissionen wird belohnt. Ein Beispiel sind Zuschüsse oder Steuervergünstigungen bei der energetischen Sanierung von Häusern (siehe Thema der Woche Instrumente für den Klimaschutz [<http://www.umwelt-im-unterricht.de/wochenthemen/klimapolitik-instrumente-fuer-den-klimaschutz/>]).

Kurz gesagt: Der Staat kann dafür sorgen, dass klimaschädliches Verhalten teurer wird, während Klimaschutz finanziell attraktiver wird. Fachleute sprechen auch von "Preissignalen". Mit ihnen sollen Veränderungen des Verhaltens bewirkt werden.

Bei der Diskussion über die Bewältigung der Corona-Krise geht es vor allem um staatliche Förderprogramme, die Anreize für klimafreundliches Verhalten schaffen sollen. Eine wichtige Rolle spielen zudem Investitionen.

Ein Beispiel für eine staatliche **Förderung** ist die Kaufprämie für Elektroautos, oft auch "Umweltprämie" oder "Umweltbonus" genannt. Wer ein E-Auto kauft, erhält einen Zuschuss vom Staat. Das bedeutet, dass die Anschaffung aus Sicht der Käuferinnen und Käufer günstiger wird. E-Autos sind noch deutlich teurer als vergleichbare Modelle mit Verbrennungsmotor. Die Idee hinter der Prämie ist, trotzdem mehr Menschen zum Kauf von E-Autos zu bewegen. Denn ein höherer Anteil von E-Autos, die mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden, ist aus Sicht des Klimaschutzes sinnvoll.

Der Begriff **Investition** wird benutzt, wenn Geld für etwas verwendet wird, das anschließend – meist mittel- oder langfristig – einen Vorteil bringt. In einem Unternehmen können das zum Beispiel Maschinen oder Werkzeuge sein, mit denen die Produktion verbessert werden kann. Oft geht es bei Investitionen um hohe Summen. Daher ist es von besonderer Bedeutung, die Kosten und den Nutzen sorgfältig abzuwägen.

Nicht um Investitionen handelt es sich dagegen bei Ausgaben, die nur einen einmaligen Nutzen bringen. Zum Beispiel beim privaten Konsum. Der Kauf einer Tafel Schokolade oder ein Kinobesuch sind keine Investitionen. Hier spricht man von "konsumtiven" Ausgaben.

Ein Beispiel für öffentliche Investitionen sind zusätzliche Mittel des Bundes für die Deutsche Bahn. Bereits vor der Corona-Krise unterstützte der Bund im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 die Bahn mit einer Milliarde Euro pro Jahr bei der Modernisierung des Streckennetzes. Im Rahmen des Konjunkturprogramms kommen weitere Mittel hinzu. Reisen per Bahn sind im Vergleich zu Autofahrten und Flugreisen eine umweltschonende Art der Mobilität.

Was sind "grüne" Investitionen?

Nachhaltige oder "grüne" Investitionen sind schon seit längerem auch in der Privatwirtschaft ein Thema. Es gibt zum Beispiel Fonds oder Finanzunternehmen, die Geld in andere Unternehmen investieren. Zum Beispiel, indem sie Aktien dieser Unternehmen kaufen. Viele Investoren achten zunehmend auf nachhaltige Kriterien. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass sie bevorzugt Geld in erneuerbare Energien stecken und ihre Investitionen aus Unternehmen abziehen, die von fossilen Energien abhängig sind. Das wird oft als "Divestment" bezeichnet.

Auch private Anlegerinnen und Anleger wollen zunehmend ihr Geld nach nachhaltigen Kriterien anlegen. Für sie gibt es zum Beispiel Aktienfonds, die Aktien nachhaltiger Unternehmen bevorzugen.

Auch die Bundesregierung engagiert sich hier immer mehr. Im September 2020 hat die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal eine sogenannte grüne Bundesanleihe angeboten. Das ist ein Wertpapier, das Investoren kaufen können. Der Staat erhält auf diese Weise Mittel, die für Investitionen in die nachhaltige Entwicklung ausgegeben werden sollen.

Nachhaltiger Aufbau in ganz Europa

Nicht nur in Deutschland bemüht sich die Politik um die Bewältigung der Corona-Krise. Ende Juli 2020 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen Aufbauplan für Europa beschlossen. Auch hier geht es um Modernisierung und mehr Nachhaltigkeit.

Vor Beginn der Pandemie hatte die EU-Kommission eine Strategie für die Entwicklung der Union angekündigt, den sogenannten europäischen Grünen Deal. Einige der vorgesehenen Initiativen sollen nun beschleunigt werden und teilweise mehr Geld erhalten. Dazu gehört die Strategie "Vom Hof auf den Tisch", welche die Erzeugung nachhaltiger Nahrungsmittel fördern soll. Außerdem ist eine massive Sanierungswelle für Gebäude und Infrastruktur vorgesehen. Dazu gehört die Installation von einer Million Ladestationen für Elektrofahrzeuge oder auch "grüner" Wasserstoff als klimafreundlicher Energieträger.

Was kann ich selbst tun?

Förderprogramme für Klimaschutz richten sich oft auch an Bürgerinnen und Bürger. Ein Beispiel ist der Zuschuss für den Kauf von Elektroautos. Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer können Fördermittel für die Sanierung von Gebäuden bekommen – zum Beispiel für die Wärmedämmung oder die Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien.

Solche Investitionen nutzen nicht nur dem Klimaschutz, sondern lohnen sich auch finanziell. Denn dadurch lassen sich langfristig Energiekosten sparen.

Auch bei kleineren Anschaffungen kann es sich lohnen, sie als Investitionen zu betrachten. Das heißt: Beim Kauf sollte man nicht nur auf den Preis achten, sondern diesen mit dem langfristigen Nutzen vergleichen. Ein Beispiel sind Elektrogeräte wie zum Beispiel ein Kühlschrank. Ein Gerät von besonders guter Qualität, das sehr wenig Strom verbraucht, mag oft teurer sein. Aber langfristig kann sich das finanziell lohnen, weil es länger hält und in dieser Zeit Stromkosten spart. Gleichzeitig ist das umweltschonender.

Weiterführende Links

Bundesfinanzministerium: Übersicht über das Konjunkturprogramm

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/Konjunkturprogramm-fuer-alle/zusammen-durch-starten.html#t-zukunftsinvestitionen>

[<https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/Konjunkturprogramm-fuer-alle/zusammen-durch-starten.html#t-zukunftsinvestitionen>]

Studie im Auftrag des Bundesumweltministeriums: Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise

<https://www.bmu.de/download/sozial-oekologisch-ausgerichtete-konjunkturpolitik-in-und-nach-der-corona-krise/> [<https://www.bmu.de/download/sozial-oekologisch-ausgerichtete-konjunkturpolitik-in-und-nach-der-corona-krise/>]

Bundesumweltministerium: Interview mit Ministerin Svenja Schulze (SPD) über Klimaschutz in der Corona-Krise (24.4.2020)

<https://www.bmu.de/interview/svenja-schulze-ueber-klimaschutz-in-der-corona-krise/>

[<https://www.bmu.de/interview/svenja-schulze-ueber-klimaschutz-in-der-corona-krise/>]

[<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>] *Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.* [<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>]

Sie dürfen diesen Text unter anderem ohne besondere Genehmigung verwenden und bearbeiten, z.B. kürzen oder umformulieren, sowie weiterverbreiten und vervielfältigen. Dabei müssen www.umwelt-im-unterricht.de [<http://www.umwelt-im-unterricht.de/>] als Quelle genannt sowie die oben genannte Creative Commons-Lizenz verwendet werden. Details zu den Bedingungen finden Sie auf der Creative Commons-Website [<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>].

[<http://www.unesco.de/oer-faq.html>] *Umwelt im Unterricht unterstützt die Erstellung von Bildungsmaterialien unter offenen Lizenzen im Sinne der UNESCO* [<http://www.unesco.de/oer-faq.html>].

Material herunterladen

Wie finanzielle Förderung zur nachhaltigen Entwicklung beitragen kann - GS / SK (PDF - 0 B)

Unterrichtsvorschläge

Klimawandel, Investitionen, Zukunft – Ein Rollenspiel - SK (PDF - 0 B)

Was darf die Zukunft kosten? - GS (PDF - 118 KB)

Zielgruppe

Grundschule | Sekundarstufe

Fächer

Politik, SoWi, Gesellschaft | Arbeit, Wirtschaft, Technik | Ethik, Philosophie, Religion | Fächerübergreifend | Sachunterricht

Schlagwörter

grüne Geldanlagen | Corona-Krise | Krise | Investition | investieren | Konjunkturprogramm | staatliche Förderung | fördern | Klimaschutz | Kosten | Nutzen | Geld
